

Erwägungen 1/2021

Sehnsucht nach Gerechtigkeit

Schon drei Monate ist es her, seit wir enttäuscht die Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) zur Kenntnis nehmen mussten. Die einen trösteten sich damit, dass immerhin die Mehrheit der Bevölkerung Ja dazu gesagt hatte, die anderen damit, dass durch die prägnante Ja-Kampagne so etwas wie ein neues Bewusstsein entstanden sei. Die Tatsache aber bleibt, dass es vorläufig nicht mehr Gerechtigkeit für die Menschen im Süden geben wird.

Die Diskussionen im Anschluss an die Abstimmung haben den Ausschlag zum Titel dieser Nummer gegeben. Warum ist Gerechtigkeit den einen so ein brennendes Anliegen, anderen hingegen – einem Grossteil der Wirtschaft und den bürgerlichen Parteien – offenbar völlig egal? Woher kommt denn eigentlich unsere «Sehnsucht nach Gerechtigkeit», und wie können wir ihr Gestalt geben?

Zu diesen Fragen lässt das vorliegende Journal verschiedenste Menschen zu Wort kommen, die sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen, im Weltsüden oder im eigenen Land. Viele von ihnen sind Mitglieder der «Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung», die bereits 1982 formuliert hat, dass für sie «die Befreiung aus allen Formen der Ungerechtigkeit zentrales Anliegen» sei (aus: Porträt, thebe.ch). Gerade jetzt, wo Kirchen und Hilfswerke wegen ihres Einstehens für Kovi in die Zange genommen werden (s. Seiten 28–30), ist es einmal mehr nötig, sich in diesem Grundsatz zu bestärken.

Christine Voss

**Interview mit
Jochi Weil**

Christine Voss, S. 18

**Menschenrechte
für wen?**

Andreas Nufer, S. 21

**Guatemala:
die Hoffnung
stärken**

Toni Steiner, S. 22

**Klimakrise:
Die Jungen
tragen
die Folgen**

Fanny Wissler, S. 24

**Bewegt vom
fairen Handel**

Priska Blattmann und
Christine Voss, S. 25

**Auf der Suche
nach einem
gerechten
Werktag**

Urs Häner und
Arbeitsgruppe, S. 26

**Aktuell:
Hilfswerke
unter Druck**

Christine Voss, S. 28

**Offener Brief an
Bundesrat
Ignazio Cassis**

Basisgruppen-Bewegung
Schweiz, S. 29

**Aus dem
Vorstand**

S. 31

Arbeitsgruppen

S. 31

«Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit ist in uns angelegt»

Gespräch mit Jochi Weil
von Christine Voss

Seit Jahrzehnten setzt sich Jochi Weil in verschiedensten Projekten für gerechtere Lebensbedingungen ein, vor allem auch im Nahen Osten. Im Gespräch erzählt er, was ihn zu diesem Einsatz motiviert hat und wie er bis heute als Jude im Dilemma zwischen Gerechtigkeit, der israelischen Politik und seinem jüdischen Glauben steht.

Schwungvoll öffnet Jochi Weil die Wohnungstür und begrüsst die Journalistin mit Herzlichkeit. An seinem Pullover trägt er einen Ansteckknopf mit der Aufschrift «Black lives matter». Aha, ein neues Thema in der breiten Palette von Jochis Engagements? «Das geht nicht, was in den USA abläuft – aber auch bei uns, wenn auch auf anderen Ebenen», entgegnet Jochi energisch, «da muss man reagieren.» Und schmunzelnd fügt er hinzu: «Ich trage den Knopf auch, wenn ich am Schabbat in die Synagoge gehe. Gut sichtbar. Doch kaum jemand reagiert darauf.»

Das ist Jochi, wie ich ihn seit rund zwanzig Jahren kenne. Immer wieder neu bewegt von der Ungerechtigkeit, die er in den Beziehungen zwischen Menschen und in der Weltpolitik wahrnimmt. Und dabei oft aktiv: sei es für eine Strafreform in der Schweiz, für die Rechte der kurdischen Bevölkerung in der Osttürkei und in Nordsyrien, vor allem aber im Nahostkonflikt, im jahrzehntelangen Einsatz für die palästinensische Bevölkerung in Israel und Palästina. «Seit meiner Kindheit bin ich auf der Suche nach Gerechtigkeit», hat Jochi mir geschrieben, als ich ihn per Mail für dieses Interview anfragte.

cv Wie sah diese Suche nach Gerechtigkeit für dich als Kind aus, Jochi?

jw Gerechtigkeit war damals noch sehr auf mich persönlich bezogen. Weil meine Mutter nach der Schwangerschaft in eine Depression geriet, war sie mit mir als Kind völlig

überfordert. Ich war ein sehr lebhaftes Kind, mit viel Energie, Neugier auf das Leben und Unternehmungslust. Das war für sie schwer auszuhalten. Mein Bruder, der zwei Jahre später geboren wurde, war im Gegensatz zu mir ruhig und zurückhaltend. Deshalb war er dann oft der Liebe und ich der Böse. Ich empfand das als zutiefst ungerecht – und diese Gefühle von damals stecken bis heute in mir.

cv Und diese Gefühle haben dann den Einsatz für Gerechtigkeit auch für andere ausgelöst?

jw Das ging natürlich nicht auf einer so bewussten Ebene vor sich. Ich kann mich noch erinnern, wie ich nach der Sekundarschule eine Lehre als Eisenbetonbauzeichner begann und in ein Lehrlingsheim zog. Meine Kameraden dort erzählten mir immer wieder Geschichten, wie sie als Lehrlinge von ihren Chefs ausgebeutet und schlecht behandelt wurden. Das empörte mich dermassen, dass ich zum Telefonhörer griff, einen dieser Lehrmeister anrief und ihm deutlich meine Meinung zu seinem Verhalten sagte.

cv Der Lehrmeister war wohl sehr erfreut ...

jw Er war, meiner Erinnerung nach, perplex und empfand meinen Anruf als Frechheit.

Es ging dann weiter, als ich mit siebzehn Jahren in den jüdisch-zionistisch-sozialistischen Jugendbund eintrat, den Hashomer Hatzair. Dort war ich sehr engagiert und dort kam ich zum ersten Mal mit den Gedanken von Karl Marx in Berührung.

cv Zionistisch und sozialistisch, geht das denn zusammen?

jw Damals sehr wohl. Diese Bewegung war im Grund genommen eine Vorbereitung auf das Leben im Kibbuz. Und die Kibbuz-Bewegung wiederum ging in ihren Ursprüngen von einem Gesellschaftsmodell aus, in dem alle auf Augenhöhe, unabhängig von Ausbildung und sozialem Status, miteinander das Leben teilen. Kein Lohn, gleiche Aufgaben im Zusammenleben, ob das nun Akademiker*innen oder Arbeiter*innen waren. Es war ein eigentliches sozialistisches Experiment in der Zeit seit etwa 1927. Bekannte linke Juden, wie zum Beispiel Bernie Sanders, lebten eine Zeitlang in einem Kibbuz des Hashomer. Über den Hintergrund der Besiedlung Israels und darüber, dass es dabei ungerecht vor sich ging, stellte man sich allerdings keine Fragen.

Die Diskussionen über das Denken bei Marx eröffneten mir eine ganz neue Welt – eine rundum faszinierende! Sie holten mich bei meinem Grundbedürfnis nach Gerechtigkeit ab und gaben diesem einen reflektierten Hintergrund.

Ich hielt daraufhin meinem Chef Vorträge über die kapitalistischen Strukturen seines Unternehmens und erklärte ihm, warum es ungerecht sei, dass ich im ersten Lehrjahr einen Lehrlingslohn von 70 Franken im Monat erhielt und er selber, wegen eines Deckensystems, für das auch ich Pläne gezeichnet hatte, zusätzlich reich wurde. Der Chef hielt sich nicht bei grossen Diskussionen auf, sondern erklärte mir ganz einfach: «Im Grund genommen hast du recht. Aber das nützt dir nicht viel, denn wir Wirtschaftsleute sitzen am längeren Hebel!» Diese knappe Aussage ist für mich bis heute modellhaft für das, was sich in der Weltwirtschaft ereignet.

cv Und deine jüdische Religion? Die vielen Aussagen über Gerechtigkeit in der Tora – haben dich diese nicht auch inspiriert?

jw Das würdest du jetzt gerne hören, nicht wahr? Aber ich muss dir ehrlich sagen, die Religion war damals überhaupt kein Thema für mich. Der Jugendbund war denn auch tendenziell atheistisch ausgerichtet. Ich selber komme aus einem kleinbürgerlichen, jüdisch-liberalen Elternhaus; das Religiöse beschränkte sich auf das Kerzenanzünden beim Eingang des Schabbat, den Religionsunterricht in der Israelitischen Cultusgemeinde ICZ und die wichtigsten jüdischen Feiertage. Ich denke aber, das Gerechtigkeitsgefühl ist etwas Universelles, etwas, das in allen Menschen angelegt ist.

cv Wenn das so wäre, sähe es in unserer Welt heute aber anders aus ...

jw Man müsste eher fragen: Was ist mit Menschen, die Ungerechtigkeit akzeptieren oder sogar ausüben, passiert, dass sie ein solch grundlegendes Bedürfnis verdrängen? Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit ist meiner Meinung nach im innersten Kern des Menschen angelegt. Und in dieser Hinsicht ist die Tora – das sind die fünf Bücher Moses – so etwas wie ein Spiegel dieses Bedürfnisses.

cv Religion und Gerechtigkeit haben also doch einen Zusammenhang?

jw Diese Fragen stellten sich mir erst viel später. Vor 22 Jahren ging ich zum ersten

Mal wieder in die Synagoge. Und zwar deshalb, weil ich auf der Suche nach meinen Wurzeln war. Irgendwie scheint das mit dem Älterwerden aktuell zu werden, diese Fragen: Wo komme ich her, wer sind meine Vorfahren, wie wurde ich durch sie geprägt? Wie mit inneren Fäden gezogen suchte ich damals erneut den Kontakt zur Israelitischen Cultusgemeinde Zürich.

Seither gehe ich jeden Schabbat in die Synagoge, an den modern-orthodoxen Gottesdienst. Diese Regelmässigkeit ist mir wichtig geworden, auch wenn ich für die Mitgläubigen dort ein «Exot» bin. Meine humanitäre Haltung wird zwar einigermaßen akzeptiert und wenn ich mich für Kurd*innen einsetze, ist das nicht weiter der Rede wert. Wenn ich mich aber zur Situation der Palästinenser*innen im Nahen Osten äussere, überschreite ich ganz offensichtlich eine rote Linie. Ich merke aber: Ich bin so tief überzeugt von meinen Anliegen, dass ich diese Spannung aushalten kann.

cv Zurück zur Tora. Wenn du die Rückbindung an die Schriften deiner Tradition offenbar wieder gefunden hast, beschäftigst du dich ja sicher auch mit den Aussagen der Tora zur Gerechtigkeit.

jw Ja, natürlich, und es war für mich eine eindrückliche Entdeckung, dort zu finden, was bereits in mir selber als Haltung herangewachsen war. Der bedeutende Rabbiner Zalman Kossowsky hat gesagt, es werde tradiert, dass der Tora zufolge die Welt auf drei Säulen ruhe: Wahrheit, Recht/Gerechtigkeit und Frieden. Auf diese Stichworte hin sollten wir die Tora lesen. Eine der zentralsten Stellen dort lautet: «Zedek, Zedek Tirdof» – «Gerechtigkeit, und nur Gerechtigkeit»!

cv Und was ist dabei mit Gerechtigkeit gemeint? Die reformierte Tradition hat dieses Wort ja dann als «Rechtfertigung vor Gott» verstanden, also als individuelles Bestehen vor Gottes Ansprüchen an uns.

jw Nein, im Judentum geht es beim Thema der Gerechtigkeit immer auch um konkretes Handeln, um einen gewissen Ausgleich zwischen Armen und Reichen, zwischen Mächtigen und Unterdrückten, und vor allem auch gegenüber den Fremden. Eines der wichtigsten Gebote lautet: Mit den Fremden in deinem Land sollst du anständig umgehen. Heute müsste man diese Aussage auf die Flüchtlinge beziehen.

Für Juden und Jüdinnen, auch in meiner Zürcher Gemeinschaft, ist das Spenden für

Benachteiligte Pflicht: Für Arme – zur Zeit des alten Israel waren das die Witwen und Waisen – für Behinderte und Randständige. Unsere 613 Gebote, von denen jetzt allerdings nur noch etwa die Hälfte gelten, weil die andere Hälfte auf das Opfern im Tempel in Jerusalem bezogen waren, haben im Grund genommen nur einen Zweck: uns auf diesem Weg zu Gerechtigkeit und Liebe, das heisst auch zu Gott hin, Richtlinien und Halt zu geben. Das Wesentlichste ist zusammengefasst im Gebot: «Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.»

cv Das hat bekanntlicherweise auch Jesus gesagt ...

JW Ja, aber das ist eine zentrale Aussage der Tora. Schliesslich war Jesus ein Jude und hat sich in seinen Reden über Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Barmherzigkeit immer auf die Tora berufen.

cv Dann besteht aber ein grosser Zwiespalt zwischen den Geboten und dem Handeln vieler Israeli, gerade auch religiöser Kräfte, im heutigen Israel.

JW Ja, das ist leider so. Darüber streite ich auch ab und zu in meiner Gemeinde hier in Zürich. Aber solche blinden Flecke und Widersprüche scheint es in der Praxis der Religionen schon immer gegeben zu haben. Wenn ich zum Beispiel an die Unterwerfung der indigenen Bevölkerung in Lateinamerika denke, die explizit christlich begründet wurde ...

Aber trotzdem: Solidarität ist sehr wohl ein Thema in meiner Gemeinde. Allerdings meistens dann, wenn es um uns selber geht, zum Beispiel beim Kampf gegen den Antisemitismus. Aber auch der Einsatz für eine tolerantere Flüchtlingspolitik ist den jüdischen Gemeinschaften wichtig.

Die genannten drei Säulen der Tora enthalten schliesslich klar einen politischen Aspekt, nämlich in der Verbindung zwischen den Begriffen Recht/Gerechtigkeit und Frieden. Wenn wir Frieden wollen, braucht es dafür mehr Gerechtigkeit. Und beide Begriffe haben für mich ganz klar eine religiöse Dimension.

cv Wie meinst du das?

JW Wenn ich die Welt heute anschau, sehe ich sie in einem dermassen desolaten Zustand, dass ich diesen auf einer rein menschlichen Ebene oft kaum aushalten würde. Die religiöse Dimension hilft mir, einen anderen Blickwinkel einzunehmen. Ich meine jetzt nicht die

früher übliche Tendenz, sich mit der Hoffnung auf ein besseres Jenseits zu trösten. Sondern es sind diese uralten Worte in der Tora und die Gebete, in denen so viel Kraft liegt. Sie helfen mir, in der Zerrissenheit der Welt wieder zu mir selbst zu kommen. Ich kann mich damit besser auf eine Grundhaltung einlassen, die ich von Leonhard Ragaz, dem Begründer des religiösen Sozialismus in der Schweiz, gelernt habe: Das Reich Gottes beginnt bereits in dieser Welt. Und überall, wo wir uns für Gerechtigkeit einsetzen, wird etwas davon sichtbar.

○ Jochi Weil, *1942, ist TheBe-Mitglied und Vorstandsmitglied der Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz (Resos). Er lebt in Zürich.

Prägend war für ihn in jüngeren Jahren die Mitarbeit in der einstigen Arbeitsgruppe für Strafreform an der Hochschule St. Gallen unter der Leitung von Prof. Eduard Naegeli (1971–76). Von 1981 bis 2012 arbeitete Jochi Weil bei medico international schweiz, vormals Centrale Sanitaire Suisse CSS Zürich, unter anderem für basismedizinische Projekte in Israel/Palästina. 2001 war er Mitgründer und freiwilliger Mitarbeiter der Kampagne Olivenöl aus Palästina. Weitere Nahost-Engagements waren oder sind unter anderem der Schweizer Freundeskreis von Givat Haviva, die Organisation Breaking the Silence in Israel, die monatlichen Mahnwachen für gerechten Frieden in Israel/Palästina.

2013 hat sich Jochi Weil aus gesundheitlichen Gründen von der aktiven Arbeit zurückgezogen.

j.weil@bluewin.ch

Menschenrechte für wen?

Andreas Nufer

Seit Jahrzehnten setzt sich Andreas Nufer für Gerechtigkeit gegenüber Asylsuchenden und Migrant*innen ein. Bereits in der Schule, später bei einem Einsatz in Brasilien und dann als Pfarrer machte er prägende Erfahrungen, die ihm bis heute Leitlinien für sein Handeln gegeben haben.

Im Gymnasium hatte ich gelernt, dass vor dem Gesetz alle gleich seien. Mir gefielen diese Stunden zum Thema Menschenrechte – auch wenn sie knapp bemessen waren. Vielleicht faszinierte mich dieser Artikel 7, «Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich», weil er für meinen Grossvater wichtig war. Er sprach zwar nie explizit darüber, aber als Flughafenarbeiter und Kleinstbauer war es ihm oft wichtig zu betonen: «Die feinen Herren sind nicht besser als wir! Das Gesetz gilt für alle.»

Während des Studiums zogen mich dann die theologischen und philosophischen Grundlagen der Menschenrechte an. Ich verschlang die Texte von Hannah Arendt und lernte, wie wichtig es ist zu betonen, dass jede einzelne Person «Recht auf Rechte» hat. Ich war überzeugt, dass die Weltgemeinschaft nach der Shoa gelernt hatte, dass das Individuum vor autoritären Nationalstaaten geschützt werden müsse, und lebte in der Überzeugung, dass dieser Grundsatz – genauso wie die Menschenrechte – für alle und überall unumstösslich sei.

Staudamm in Brasilien

Wenige Semester später folgte ich kurz nach meiner Ankunft im brasilianischen Belém, wo ich ein Praktikum absolvierte, einer Einladung an den Fluss Trombetas, mitten im Amazonasgebiet. Wir besuchten dort ein Treffen mit 4000 Quilombolas. Quilombolas sind Nachfahr*innen afrikanischer Sklav*innen, die vor mehr als hundert Jahren an sehr abgelegenen Orten eigene Dorfgemeinschaften gegründet hatten. Zwei Wochen später nahm ich an der Präsentation eines Energieunternehmens teil. Dieses wollte mit japanischen Investoren einen Staudamm im Trombetas bauen, um Strom für

die Verarbeitung von Bauxit zu Aluminium zu gewinnen. Während der Präsentation sagte einer der Anwälte, dass am Rio Trombetas ja niemand wohne. Ich dachte zuerst, das sei ein Versprecher. Dann hielt ich die Hand auf und widersprach. Der Anwalt erwiderte, nein, in der Gegend lebten keine Bürger von Brasilien.

Dieses Erlebnis erschütterte mich. Es war also nicht so, dass in Brasilien alle Menschen vor dem Gesetz gleich waren. Damals galten Indigene und Quilombolas offiziell als «Minderjährige». In den nächsten Monaten und Jahren lernte ich dann, wie sich brasilianische Aktivist*innen und Theolog*innen für eine Gerechtigkeit, die allen Menschen im Land gelten sollte, engagierten. Das hat mich geprägt.

Sackgasse für Asylsuchende

Zurück in der Schweiz und einige Jahre später, frisch im Pfarramt, klingelten eines Tages ein Nigerianer und ein Liberianer an unserer Tür. Sie erzählten, dass sie aus der Asylunterkunft ausgewiesen worden waren und nun kein Dach über dem Kopf hätten. Bundesrat Blocher hatte wenige Tage zuvor das Nothilfesystem für abgewiesene Asylsuchende durchgesetzt. Es war ein kalter, regnerischer Samstag im November und wir entschieden uns, dass die beiden bei uns im Pfarrwohnungsbüro hausen dürften. Ich konnte fast nicht glauben, was sie mir erzählten. Sie lebten in der Schweiz, mitten unter uns, und waren elementarer Rechte beraubt worden. Einfach so. Seither begann ich, mich mit Asyl- und Migrationsfragen zu beschäftigen. Wenige Wochen später gründeten wir zusammen mit weiteren 26 Personen das Solidaritätsnetz Ostschweiz, das dann rasch wuchs.

Es ist immer noch so, dass geflüchtete Menschen in der Schweiz nicht die gleichen Rechte haben wie jene, die hier geboren sind. Walter Leimgruber, der Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission, sagte kürzlich mit Blick auf die Menschen in der Langzeitnothilfe: «Wir produzieren gerade eine grosse Zahl kaputter Kinder.» Nicht nur die Tausenden von Menschen, die sich in der Nothilfe befinden, leben in einer zermürbenden Sackgasse, auch Geflüchtete in den Zentren oder mit dem Aufenthaltsstatus F werden systematisch ihrer Rechte beraubt. An Beispielen fehlt es wahrlich nicht.

Ähnliches gilt für Menschen mit einem Status B, die ihre Arbeit verlieren, oder für solche, die straffällig geworden sind. Ganz zu schweigen von der Kriminalisierung von Menschenrechtsaktivist*innen, die den Gebeutelten und

Entrechteten helfen und sich mit ihnen solidarisieren. Wie fast immer, wenn Menschenrechte verletzt werden, bläst die Willkür wie eine steife Bise durch viele dieser Situationen. Immer wieder reibe ich mir die Augen und staune über krude Argumente, schräge Umkehrungen und pure Ignoranz in entsprechenden Gerichtsurteilen.

Gegenseitige Ermutigung

Das alles ist aus meiner Sicht ungerecht und unhaltbar. Gleichzeitig ist mir die Begegnung und Zusammenarbeit mit diesen Menschen auch Triebfeder. Es sind sehr viele Menschen in den Kirchengemeinden, Pfarreien und Soligruppen, die oft still und unbemerkt, aber dennoch beharrlich und beherzt mit und für Geflüchtete arbeiten. Ich erlebe es als sinnstiftend, mit vielen Engagierten aus der ganzen Schweiz für diese Menschen am Rand zu kämpfen. Ihnen gehört die Gerechtigkeit! Natürlich tun Erfolge in diesem Kampf gut, aber wesentlicher scheint mir die Erfahrung, dass «Gerechtigkeit und Frieden sich küssen», wie es in Psalm 85 heisst. Deshalb singe ich gerne:

«Freundlichkeit und Verlässlichkeit
treffen aufeinander,

Gerechtigkeit und Frieden küssen sich.

Verlässlichkeit wird aus der Erde spriessen,

Gerechtigkeit vom Himmel herabschauen.

Auch gibt ha-Schem das Gute.

Unser Land gibt seinen Ertrag.

Gerechtigkeit geht vor dem Antlitz Gottes her

Und setzt zu einem Weg ihre Schritte.»

Psalm 85,10–14

- Andreas Nufer, *1964, war von 1992 bis 2011 evangelischer Pfarrer an der ökumenischen Gemeinde Halden in St. Gallen, seit 2012 ist er Pfarrer an der Heiliggeistkirche, der «offenen Kirche» neben dem Bahnhof Bern. «Wenn sich die Kirche gesellschaftlich nicht einmischt, ist sie keine Kirche mehr», begründet er seinen Einsatz in Flüchtlings- und Integrationsfragen. andreas.nufer@offene-kirche.ch
- Als im Herbst 2015 eine Gruppe von reformierten und katholischen Theolog*innen, darunter viele TheBe-Mitglieder, die sog. Migrationscharta herausgab, gehörte auch Andreas Nufer zu den Mitverfasser*innen. Die Migrationscharta verstand sich als Grundlagentext für eine Migrationspolitik aus biblisch-theologischer Perspektive und stiess innerhalb wie ausserhalb der Kirchen auf breites Interesse. Der Text kann nachgelesen werden unter migrationscharta.ch/ manifest.

Guatemala: die Hoffnung stärken

Toni Steiner

Als Dominikaner und Krankenpfleger hat Toni Steiner einprägsame Erfahrungen in Lateinamerika gemacht. Dabei hat er die ungerechten Verhältnisse in diesen Ländern aus einem neuen Blickwinkel wahrgenommen. Von der Schweiz aus setzt er sich seither für die indigene Bevölkerung in Guatemala ein.

Anfangen hatte mein Einsatz für Gerechtigkeit mit einem Bildungsurlaub in Lateinamerika, den ich 1983 antrat, weil ich die Arbeit der dortigen Basisgemeinden kennenlernen wollte. Deren Auseinandersetzung mit biblischen Texten war damals zur treibenden Kraft für die Erneuerung der katholischen Kirche geworden. Persönliche Beziehungen ermöglichten mir einen Aufenthalt in den Hochanden von Peru, wo die vorkoloniale, vorspanische Kultur unter der einheimischen ländlichen Bevölkerung durch Sprache und Lebensweise bis heute lebendig geblieben ist. Mein Sabbatical politisierte mich und bewirkte, dass ich nach meiner Rückkehr mein Leben und mein Engagement in ganz neue Zusammenhänge zu stellen begann. Ich wechselte meinen Beruf zu einer handfesten Tätigkeit und wurde Krankenpfleger. Doch mein Interesse für die Vorgänge in Lateinamerika blieb wach. So kehrte ich 1994 zurück, dieses Mal nach Zentralamerika, um einen Einsatz als Menschenrechtsbegleiter für geflüchtete indigene Guatemalte*innen zu leisten, die aus Chiapas (Mexiko) in ihre Heimatdörfer zurückkehren wollten.

Brutale Unterdrückung

Dabei lernte ich den traurigen Hintergrund der heutigen Situation aus eigener Anschauung kennen: Die kleinen zentralamerikanischen Staaten Guatemala, Honduras und El Salvador werden seit der Unabhängigkeit von Spanien um 1825 von den «criollos» regiert, den spanischstämmigen Einwanderern, die zur Elite des kolonisierten Landes geworden sind. Sie verachten die Indigenen, brauchen sie aber als ungebildete Landarbeiter, sozusagen als Sklaven.

Nachdem Kuba kommunistisch geworden war, kam es auch in Guatemala und El Salvador zu Aufständen gegen die herrschenden Eliten, die das Land diktatorisch regierten und ausbeuteten. Entsprechend brutal wurde die Rebellion niedergedrückt und es kam zu einem eigentlichen Genozid (1960–1996). Dorfgemeinschaften von indigenen Kleinbauernfamilien wurden von Einheiten der Armee überfallen, die Bewohner*innen umgebracht und Häuser und Felder abgebrannt. Die Dorfgemeinschaften im Norden des Landes retteten sich daraufhin ins nahe mexikanische Chiapas, wo sie in Flüchtlingslagern vorläufig untergebracht wurden.

1992 kam es schliesslich unter der Ägide des UNHCR zu einer Vereinbarung mit der damaligen Regierung Guatemalas, die das Recht auf Rückkehr erteilte. Doch die Geflüchteten fürchteten sich vor der Unberechenbarkeit der Armee und verlangten, von internationalen Menschenrechtsbeobachter*innen begleitet zu werden. So kam ich dazu, drei Monate lang das Leben mit den Flüchtlingen zu teilen.

Von der Schweiz aus helfen

Im engen Kontakt mit den Rückkehrer*innen bekam ich ihre furchtbaren Geschichten zu hören. Wir Menschenrechtsbegleiter*innen wohnten in denselben schwarzen Nylonzelten, in denen sich die Familien aufhielten, bevor sie nach Abzug der guatemalteckischen Truppen neue Häuser errichten und ihre alten Felder wieder bebauen konnten. Diese Begegnungen, bei denen ich auf Augenhöhe mit einfachen Frauen und Männern zu tun bekam, die so viel Unrecht erfahren hatten, aber sich mutig auf Neuwurzelung und Wiederaufbau einliessen, haben mich tief beeindruckt. Bis heute bin ich dadurch motiviert, mich zusammen mit den Betroffenen gegen das Unrecht, unter dem sie leiden, zu engagieren.

Nach meiner Pensionierung leistete ich einen weiteren Einsatz in Guatemala, dieses Mal als Krankenpfleger und Priester. Doch meine Stellung als *Weisser*, der nicht fähig war, die einheimische Sprache zu lernen, liess mich meine Arbeit nach einem Jahr abbrechen. Stattdessen gründete ich nach meiner Rückkehr in die Schweiz, zusammen mit weiteren interessierten Personen, das Guatemala-Netz Zürich. Auf verschiedene Weise versuchen wir nun, den Angehörigen indigener Völker, die in dieser rassistischen, oligarchisch-autoritären und korrupten Gesellschaft Unrecht erfahren, Mut zu machen, um für ihre Rechte einzustehen.

Doch die konkreten Verhältnisse in den kleinbäuerlichen indigenen Dorfgemeinschaften sind schwierig. Die wirtschaftliche Situation vieler Familien ist prekär: Etwa fünfzig Prozent der Kinder unter fünf Jahren leiden an Mangelernährung, die Schulen sind sehr schlecht, eine Lehre zu machen und damit zu einer bezahlten Anstellung zu kommen, ist für die jungen Leute meist unmöglich. Dazu kamen letztes Jahr die Pandemie und die verheerenden Auswirkungen von zwei Wirbelstürmen im Oktober und November.

Die meisten Menschen sind mit dem Kampf ums Überleben beschäftigt. Wenn man den Anordnungen der Behörden und deren Verbündeten Widerstand leistet, bekommt man Angst, weil man sich an die Erfahrungen der Verwandten erinnert, die in den 1980er Jahren umgebracht wurden. Die Unzufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung ist gross, doch wie etwas zu ändern wäre, weiss niemand. Es gibt mutige Menschen, es gibt Vereinigungen, die sich für gerechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzen. Doch das herrschende System ist so verdorben, dass es diese Bewegungen einfach ignoriert, diffamiert und ausschliesst. Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit ist vielerorts spürbar. Doch was sie bewirken könnte, nimmt nur selten Gestalt an – und dann oft nur für kurze Zeit, weil die Herrschenden ihre Macht erneut mit allen Mitteln durchsetzen.

Die Engagierten ermutigen

Ein konkretes Instrument, um unserer Sehnsucht nach Gerechtigkeit Form zu geben, ist sicher der 2015 eingerichtete Fonds des Guatemala-Netzes zur Unterstützung von Frauen und Männern, die aufgrund ihres gewaltlosen Einsatzes für kollektive Rechte von ihrem Territorium vertrieben, diffamiert, kriminalisiert und oft von den Gerichten unter falschen Anklagen zu hohen Strafen verurteilt werden. Dank unseren Kontakten zu solchen Menschen bekommen wir mit, wie ermutigend und aufrichtend unsere Sympathie und Hilfe für sie ist. Auch wenn wir kaum bewirken können, dass das korrupte guatemalteckische Gesellschaftswesen sich positiv verändert, helfen wir doch mit, dass die Sehnsucht nach Gerechtigkeit lebendig bleibt – dort, wie auch hier.

- Toni Steiner, *1938, ist TheBe-Mitglied und war als Theologe und Dominikaner der erste Leiter der vom Schweizerischen Katholischen Bibelwerk gegründeten Bibelpastoralen Arbeitsstelle. Heute lebt er in Zürich. t_st8037@bluewin.ch
- Informationen zum Guatemala-Netz: guatemalanetz-zuerich.ch

Klimakrise: Die Jungen tragen die Folgen

Fanny Wissler

Die Klimabewegung hat eine neue Generation von Engagierten hervorgebracht. Eine von ihnen ist die Schülerin Fanny Wissler. Für sie ist klar: Der Kampf gegen den Klimawandel hat mit dem Kampf für Gerechtigkeit zu tun.

Was ist Klimagerechtigkeit? Oder besser gefragt: Was hat die Klimakrise überhaupt mit Gerechtigkeit zu tun? Auf den ersten Blick leuchtete mir dieser Zusammenhang nicht ein. Schliesslich sind wir ja alle von der Klimakrise betroffen. Doch mit der Zeit wurde mir bewusst, dass einige mehr und andere weniger betroffen sind. Deshalb hat die Klimakrise für mich sehr viel mit Gerechtigkeit zu tun – sobald man die Frage stellt: Wer verursacht die Klimakrise und mit welcher Politik wird sie bekämpft?

Katastrophe für den Süden

Wie wir heute wissen: Die Klimakrise wird zum grössten Teil von den Ländern im Globalen Norden verursacht. Seit der industriellen Revolution stossen diese Unmengen an Treibhausgasen in die Atmosphäre aus. Doch am meisten betroffen dadurch sind die Länder des Globalen Südens. Zum Beispiel Bangladesch, wo jetzt – langsam, aber sicher – ganze Gegenden unter dem Meeresspiegel verschwinden. Viele Menschen sind deshalb gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Ein zweites Beispiel ist der Unterschied zwischen den Generationen: Es ist kein Zufall, dass sich im Moment hauptsächlich junge Menschen in der Klimabewegung einsetzen. Sie sind jene, welche die Folgen dieser Krise tragen werden. Sie sind jedoch nicht jene, welche die meisten Treibhausgase ausgestossen haben. Das waren die vorangehenden Generationen. Jene Menschen, die das grosse Wirtschaftswunder miterlebt haben und, ohne an die Zukunft und die nächsten Generationen zu denken, Unmengen von Treibhausgasen produziert haben. Kurz: Diejenigen, welche die Klimakrise verursacht haben, sind nicht diejenigen, die am meisten von ihr betroffen sind.

Ich selbst bin aus Sorge um meine eigene Zukunft auf diesem Planeten aktiv geworden. Die Klimakrise verstärkt soziale Ungleichheiten enorm. Eine Folge der Klimakrise sind Wetterextreme. Vor allem in den Ländern des Globalen Südens kommt es zu Dürren oder Überschwemmungen. Es kann zu Versorgungsengpässen und Hungersnöten kommen. Die Weltbank warnt, dass bis 2050 140 Millionen Menschen aufgrund der Klimakrise flüchten müssen. Alle diese Folgen haben ein riesiges politisches Konfliktpotenzial. Was wird die globale politische Situation 2050 sein? Ich weiss es nicht. 2050 werde ich 49 Jahre alt sein. Wer weiss, was bis dann geschehen ist?

Manchmal, wenn ich die aktuellen Weltklimaberichte lese, habe ich den Eindruck, dass sowieso schon alles verloren sei. Dennoch engagiere ich mich immer wieder fürs Klima. Zu sehen, was Menschen gemeinsam schaffen können, gibt mir Hoffnung. Ich denke, wir müssen gemeinsam Verantwortung für unsere Handlungen übernehmen. Verantwortung bedeutet nicht nur radikale Massnahmen zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen. Verantwortung bedeutet auch, sich dafür einzusetzen, dass nicht jene Menschen unter der Klimakrise leiden, die kaum etwas dazu beigetragen haben. Verantwortung bedeutet, dass diejenigen für die Klimakrise bezahlen, die sie auch verursacht haben.

Macht alle mit!

Am 21. Mai 2021 veranstaltet die Klimastreikbewegung den «Streik für die Zukunft». Es ist der Versuch, dich und mich für diesen Tag und darüber hinaus mit anderen Menschen zusammenzubringen. Wir machen gemeinsam Politik und bauen so vor Ort jene Gesellschaft auf, in der wir gerne leben würden. Eine Gesellschaft, in der wir Verantwortung übernehmen und uns und unserer Umwelt Sorge tragen. Falls du mitmachen möchtest, schau doch auf der Website strikeforfuture.ch nach, ob es bereits eine Gruppe in deiner Nähe gibt. Falls nicht, kannst du eine gründen: Suche Freund*innen, die mitmachen wollen, und trage die Gruppe auf der Internetseite ein, dann können sich andere in deiner Nähe ihr anschliessen.

- Fanny Wissler, *2001, hat vor Kurzem die Mittelschule beendet und bereitet sich zurzeit auf die Ausbildung als Pflegefachfrau vor. Seit die Klimajugend sich als Bewegung formiert hat, ist sie mit dabei. Seit dieser Zeit ist sie auch aktives Mitglied bei der Gletscherinitiative. Sie wohnt in Wetzikon.
fanny.wissler@gmx.ch

Bewegt vom fairen Handel

Priska Blattmann und Christine Voss

Seit ihrer Schulzeit setzt sich Priska Blattmann für den Fairtrade-Gedanken ein. Die claro-Läden, in denen sie aktiv mitarbeitet, liegen ihr am Herzen. Im Gespräch mit Christine Voss erzählt sie, wie sie zur Überzeugung kam, dass der gerechte Handel ein wirksames Mittel zum Abbau der Ungerechtigkeiten zwischen Nord und Süd sei.

Ich war sechzehn Jahre alt, als ich zum ersten Mal mit dem Thema Gerechtigkeit konfrontiert wurde. Den Ausschlag gab unser Geografielehrer, der uns in seinen Lektionen vom Kolonialismus erzählte, von den Beziehungen zwischen Norden und Süden und davon, wie diese bis heute in einem Ungleichgewicht stehen. Er liess uns dann das Bananenspiel der Erklärung von Bern spielen, des heutigen Public Eye, in dem man anschaulich in die Handelsbeziehungen zwischen Industrieländern und Weltsüden hineinversetzt wird.

Ich war perplex. Das hatte ich alles nicht gewusst und ich empfand es als unsäglich ungerecht: dass wir im Norden die Dritt-Welt-Länder, wie man sie damals noch nannte, so schamlos ausbeuteten, allein des Profites wegen. Ich kam zum Schluss, dass die Schweiz, die zwar selber bei der Kolonisierung keine Rolle gespielt hatte, sich heute dem Weltsüden gegenüber genau gleich verhält wie die früheren Kolonialmächte. Und mir wurde klar: Auch mein eigenes Handeln, mein Einkaufen und Konsumieren, hat direkten Einfluss auf die Länder des Südens.

Strassentheater und Bananenverkauf

Diese Einsichten liessen mich nicht mehr los und so nahm ich Kontakt mit der Erklärung von Bern auf. Ich engagierte mich dort in einer Gruppe, zusammen mit Schulkamerad*innen, denen die Geografiestunden ebenfalls Eindruck gemacht hatten. Wir spielten Strassentheater über den Bananenhandel oder unser Konsumverhalten und wir kauften in den ersten Dritt-Welt-Läden – heute claro-Läden – ein,

die damals entstanden: Jutetaschen, Ujamaa-Kaffee und die ersten fair gehandelten Bananen, die durch die Bananenfrauen um Ursula Brunner in die Schweiz gebracht wurden.

Was für mich damals ein Schlüsselerlebnis war, hat mich bis heute, mehr als vierzig Jahre lang, geprägt. Natürlich habe ich auch politische Initiativen unterstützt und tue es noch heute, und ich engagierte mich ebenso für die Umwelt. Bei der Fairtrade-Bewegung aber fasziniert mich der Aspekt des Konkreten. Mit meinem Einkauf unterstütze ich Menschen und Dorfgemeinschaften im Süden, die durch den Verkauf ihrer Produkte ein existenzsicherndes Einkommen erhalten. Gleichzeitig leiste ich damit auch einen kleinen Beitrag an ein anderes Weltwirtschaftssystem, das nicht auf Ausbeutung, sondern auf gerechter Entlohnung für die geleistete Arbeit beruht.

Mitgefühl als tragende Kraft

Bis heute arbeite ich aktiv im claro-Laden meines Wohnquartiers mit. Wenn ich mich frage, woher die Motivation dazu kommt, ist die Antwort nicht so leicht zu finden. Ich habe den Eindruck, dass diese Sehnsucht nach mehr Gerechtigkeit in der Welt irgendwo tief in mir verankert ist. Es trifft mich persönlich, wenn andere Menschen wegen Ungerechtigkeiten leiden müssen. Das hat wohl mit Empathie zu tun, mit dem Mitgefühl für jene, die mir nahe sind, aber zunehmend auch für jene, die weit weg sind.

Der Einsatz für Gerechtigkeit ist für mich deshalb immer auch ein Einsatz für mehr Frieden. Schon als Kind hat es mich, wenn ich von den Kriegen in dieser Welt gehört habe, beschäftigt, dass sich Menschen gegenseitig so Schlimmes antun können. Ich bin davon überzeugt, dass viele Kriege durch soziale Ungerechtigkeiten ausgelöst worden sind, durch die tiefen Gräben zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen, sei es innerhalb eines Landes oder zwischen Ländern und Kontinenten.

Ich bin in einer katholischen Familie aufgewachsen, in einem von Offenheit, Toleranz und Mitmenschlichkeit geprägten Milieu, in dem ich christlichen Glauben als etwas Positives erlebt habe. Bis heute bin ich dadurch auch für ein kirchliches Engagement motiviert. Es waren aber nicht die Kirche oder Bibelverse, die mich für das Thema Gerechtigkeit empfänglich gemacht haben, sondern die Grundhaltung in meiner Familie: Wichtig waren Anteilnahme und Respekt gegenüber anderen

Menschen, die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft – eigentlich all das, was man unter dem Begriff «Grundwerte» zusammenfasst. Das hat mich vermutlich ebenso geprägt wie der Geografieunterricht in der Schule.

Ich hatte tatsächlich nie den Eindruck, dass mein Engagement nichts bringe oder sinnlos sei, dass ich nichts bewirken könne oder wegen Rückschlägen enttäuscht sei. Im Gegenteil, ich bin mir sicher, dass der faire Handel immer weitere Kreise ziehen wird. Heute stelle ich fest, dass auch bei den jungen Menschen das Bewusstsein für weltweite Gerechtigkeit wieder wächst. Vielleicht nicht zuletzt wegen der Krisen der letzten Zeit. Diese Entwicklung macht mir Mut!

- Priska Blattmann, *1961, ist Lehrerin, engagiert sich aber, nach Aufgabe der Schultätigkeit, vor allem in Projekten des fairen Handels, in ihrer Pfarrei und der Nachbarschaftshilfe. Sie lebt in Zürich und ist dort Vorstandsmitglied des claro-Ladens Zürich-Seebach sowie Vertreterin im Kund*innenbeirat der Importorganisation claro Orpund.
priska.blattmann@gmail.com

Auf der Suche nach einem gerechten Werktag

Urs Häner und Arbeitsgruppe

Die Gruppe «Wärchtigs-ChristInnen» trifft sich regelmässig, um das Anliegen nach gerechteren Verhältnissen in der Arbeitswelt miteinander zu teilen. Urs Häner hat aufgrund von Gesprächen und Rückmeldungen aus der Gruppe den vorliegenden Artikel verfasst.

Bei den «Wärchtigs-ChristInnen» ist es Brauch, ein Stichwort immer auch vor dem Hintergrund eigener oder erzählter Arbeitserfahrungen durchzubuchstabieren. Wir haben uns nun in diesen seltsamen Zeiten ohne reale Zusammenkünfte auf ein Experiment eingelassen und von Ferne Fragmente zu einem «gerechten Werktag» zusammengetragen, eingedenk der Tatsache, dass die Arbeitsrealitäten sehr verschiedenen voneinander sind.

Ungleichheit am Arbeitsplatz

Den Anfang macht ein Bericht über den eigenen Arbeitsalltag. Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit erfordert zunächst ein genaues Benennen der Situation (sehen – urteilen – handeln). Kollege E. arbeitet als Stellvertreter (Vikar) in städtischen Schülerhorten.

«Ich betrachte es als wesentlichen Teil meiner Arbeit, mich zu Beginn eines neuen Einsatzes möglichst rasch in das bestehende Team einzufügen. Dann gibt es aber zahlreiche Momente, in denen ich spüre oder mir explizit zu verstehen gegeben wird, dass ich kein «richtiges» Teammitglied sei. Ein solcher Moment kann sein, wenn von der Leitung in einer Plenarsitzung ein Teamessen angesagt wird und sie mir danach, quasi entschuldigend, ins Ohr flüstert, dieses sei lediglich für die Festangestellten vorgesehen. Ebenso kann es mir ergehen, wenn ich vor Weihnachten einen Sitzungsraum betreue, der rundum mit Geschenkpaketen für die Mitarbeitenden – aber nur für Festangestellte – bestückt ist. Dies tut umso mehr weh in Fällen, in denen ich zuvor das Gefühl hatte, echte Wertschätzung zu erfahren.

Oft bei Arbeitsantritt kommt mir Freude entgegen, dass überhaupt eine Stellvertretung

auftaucht, was nicht selbstverständlich ist, denn bei grosser Nachfrage reicht der bestehende Pool nicht aus, um alle Ausfälle zu ersetzen. Im Konfliktfall erlebte ich es aber bislang immer so, dass die Leitung vor Ort die Sichtweise ihres festangestellten Teammitgliedes weitestgehend übernahm und deckte, zum Teil, ohne bei mir nachzufragen. Und da hatte ich dann das Nachsehen, das heisst, ich wurde in der entscheidenden Schuleinheit auf eine schwarze Liste unerwünschter Stellvertreter gesetzt.»

E. ist bewusst, dass zahlreiche andere Stellvertreter*innen in einer ähnlichen Situation sind. Er erwähnt auch den Bedarf, sich gewerkschaftlich zu engagieren, um das Bewusstsein für Ungerechtigkeiten zu verbessern. Er selber versucht jedoch vor allem, in den Horten selbst und bei Gelegenheit auch bei den Leitungen den Blick für die Situation der Vikar*innen zu schärfen.

Wann ist ein Lohn gerecht?

Für Kollegin B. klingt das Wort «Sehnsucht» im Titel dieser Erwägungen etwas zu verträumt, so wie die «Sehnsucht nach der ewigen Liebe», denn unter gerechter Arbeit verstünden wohl alle etwas anderes. Sie arbeitet in der Administration eines öffentlichen Amtes und stellt sich angesichts der Tatsache, dass viele gar keine Wahl haben, sondern froh sein müssten, überhaupt eine Stelle zu haben, die Gerechtigkeitsfrage ziemlich nüchtern.

«Wie oft habe ich gehört, dass ein Lohnsystem gerecht sein muss ..., aber was heisst das genau? Gleicher Lohn für alle mit entsprechenden Zulagen (Kinder in Ausbildung, Betreuung)? Lohn nach Alter, Arbeitserfahrung, Dienstalter, Ausbildung, Flexibilität, Leistung oder ...?? Wer von den drei folgenden Personen darf oder muss am meisten verdienen für dieselben Aufgaben? Mann, 25, gut ausgebildet, schnelle Auffassung; Frau, 45, arbeitet gut, drei Kinder in Ausbildung; Mann, 60, dreissig Dienstjahre, Kinder ausgebildet, keine Lust mehr, Neues zu lernen, sitzt die letzten fünf Jahre noch ab.»

Womit wir mitten im Abwägen und Urteilen sind. Kollegin B. erwähnt weitere werktägliche Gerechtigkeitsfragen: Gibt es Mitbestimmung, was produziert wird oder welche Dienstleistungen angeboten werden? Darf Arbeit aus ethischen Gründen abgelehnt werden? Und was sind gerechte Leistungen in Situationen ohne Arbeit (Rentner*innen, IV-Bezügler*innen, Stipendien etc.)?

Kollege P. erinnert sich an seine Zeit in Kolumbien, wo der sogenannte informelle Arbeitssektor mehr als 50 Prozent ausmache.

«Zweimal in der Woche klopfte Eusebio an unsere Tür. Er trug schwer an seinem Holzbalken, an dem zwei Stauden Bananen hingen. (...) Er musste allein für seine fünf Kinder sorgen, nachdem ihn seine Frau verlassen hatte. Täglich wollte er mindestens vier Dutzend Bananen verkaufen, um die Mäuler seiner Kinder­schar stopfen zu können. Wir waren schon aus diesem Grund gute Kunden für ihn. Aber auch seine Bananen hatten es uns angetan: Sie waren stets frisch, zuckersüss, mit Liebe angepriesen. Eusebio, der Bananenverkäufer von Tür zu Tür, war meistens gut aufgelegt. Er dachte stets zuversichtlich an den morgigen Tag: «Mañana, morgen wird ein ganz neuer Tag sein. Ich weiss noch nicht, ob es gut gehen wird. Doch mañana ist mañana!»)»

Und Kollege P. fügt bei, die Internationale Arbeitsorganisation ILO in Genf habe versucht, solchen «vendedores ambulantes» (umherziehenden Verkäufer*innen) einen sicheren Status zu geben. So könnten nun in vielen Ländern informell Beschäftigte einen staatlichen Ausweis erlangen, um damit die Sicherheit und Würde ihrer Arbeit zu schützen.

Besseres Leben für alle

Es ist hilfreich und wichtig, bei der Frage nach Gerechtigkeit den Blick auf die globalisierten Arbeitswelten hin zu weiten. Ebenso wichtig ist es, nach dem Sehen und dem Urteilen ins Handeln zu kommen. Kollegin P. liess sich durch ein Parteiprogramm inspirieren:

«Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand. Gesellschaften, die zusammenhalten und sozial gerecht sind, können Probleme besser meistern. (...) In gerechteren Gesellschaften sind die Menschen zufriedener, sind das Einkommen und die Chancen besser gestaltet und das gegenseitige Vertrauen ist stärker. (...) Gerechtigkeit bedeutet auch soziale Sicherheit. Sichere und gute Arbeitsplätze, die Zuversicht, dass es gute und gleiche Bildungschancen für alle Kinder gibt, dass genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist, bringen uns der Gerechtigkeit näher. (...) Es ist Zeit, jetzt zu handeln! Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!»)»

○ Urs Häner, *1956, ist katholischer Theologe und war über dreissig Jahre Druckereiarbeiter. Er ist Mitglied der TheBe-Arbeitsgruppe «Wärchtigs-ChristInnen» und lebt in Luzern.

uh@sentitreff.ch

Aktuell: Hilfswerke unter Druck

Christine Voss

Die Kampagne für die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) wird wohl langfristige Auswirkungen haben. Vor allem auf die Kirchen, Kirchgemeinden und Hilfswerke, die sich daran beteiligt haben. Sie werden nun von Politik und Wirtschaft unter Druck gesetzt.

Jetzt erst recht: Das scheint das Motto von bürgerlichen Politiker*innen und Wirtschaft zu sein, nachdem sie ihr Nein bei der Kovi-Abstimmung haarscharf durchsetzen konnten. Statt es beim «Sieg» zu belassen, gehen sie nun konzertiert gegen jene vor, welche die Ja-Kampagne unterstützt haben. Gleich von mehreren Seiten kommen zurzeit Interventionen, welche die Kirchen und Hilfswerke treffen sollen. Einige, die voraussichtlich längerfristige Konsequenzen haben werden, sollen hier genannt sein.

«Grenzwertiges» Verhalten der Kirchen

Bereits vor dem Abstimmungsdatum reichten die Jungfreisinnigen in vier verschiedenen Kantonen Stimmrechtsbeschwerde ein, so in den Kantonen Aargau, Bern, St. Gallen und Thurgau. Sie forderten die Kantone auf, den Kirchen die Unterstützung der Ja-Kampagne zu verbieten. Ihre Forderung begründeten sie damit, dass die Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften keine «politische Propaganda» machen dürften.

Die Kantone sind aber, wie sich in der Zwischenzeit gezeigt hat, nicht auf die Beschwerde eingetreten. Aus diesem Grund sind die Jungfreisinnigen nun ans Bundesgericht gelangt. Als Erstes hat die Bundeskanzlei Position bezogen. Sie rügt in einer Stellungnahme an das Bundesgericht das kirchliche Verhalten als «zumindest grenzwertig». Die Kirchen seien zu «Sachlichkeit, Transparenz und Verhältnismässigkeit» verpflichtet. Ob sie diese Vorgaben bei der Kovi-Kampagne eingehalten hätten, sei «fraglich». So sei auf der Website der Komitees «Kirche für Konzernverantwortung» kein Hinweis darauf zu finden gewesen, «dass es auch Gegenargumente gibt». Ob das

Bundesgericht auf die Beschwerde eintreten wird, ist bei Redaktionsschluss dieser Nummer noch offen.

Einschränkung der Bildungsarbeit

Um einiges härter wird es voraussichtlich die Hilfswerke treffen. Bereits wenige Tage nach der Abstimmung erhielten alle, die sich für die Kovi eingesetzt hatten, einen Brief von Bundesrat Ignazio Cassis. In diesem wird festgehalten, dass jene Hilfswerke, die finanzielle Beiträge von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) erhalten, diese nicht mehr für Information oder Bildungsarbeit brauchen dürften. Für die nächsten Verträge zwischen Hilfswerken und Deza würde eine entsprechende Klausel ausgearbeitet.

Bundsgelder für politische Kampagnen einzusetzen, war schon vorher verboten gewesen. Nun aber sind auch Informationsbroschüren, Angebote für Schulen oder öffentliche Veranstaltungen infrage gestellt. Ebenfalls massiver Druck formiert sich zurzeit im Parlament. Mehrere Vorstösse zum Thema wurden bereits für die nächste Session eingereicht. Sie gehen bis zur angedrohten Einstellung jeglicher Unterstützung an die Hilfswerke durch den Bund. «Keine öffentlichen Gelder an Projekte von Nichtregierungsorganisationen, welche sich an politischen Kampagnen beteiligen», fordert zum Beispiel FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann. Von einer Kürzung der Beiträge ist allerdings im Brief von Bundesrat Cassis nicht die Rede. Vorläufig geht es um die Verwendung der Gelder, die in Zukunft nur noch im Ausland eingesetzt werden dürfen.

Basisgruppen werden aktiv

Als «Maulkorb» bezeichnet Fabian Molina, SP-Nationalrat und Co-Präsident des Hilfswerks Swissaid, das Vorgehen von Bundesrat Cassis. Die Internetzeitung *Infosperber* setzt, noch dezidierter, den Titel «Rache gegen Hilfswerke» über einen Bericht zu den Vorgängen.¹ Bernd Nilles, Direktor von Fastenopfer, argumentiert auf der Sachebene: «Gemäss der Tradition der Hilfswerke ist die Sensibilisierung in der Schweiz ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Mit dem überraschenden Beschluss, diese nicht mehr zu fördern, vermittelt die Deza den Eindruck, diese Arbeit sei nicht mehr erwünscht. Aber es macht doch keinen Sinn, wenn wir gute Projekte im Süden finanzieren und dann bei uns nicht darüber informieren».

Ein konkretes Zeichen gesetzt hat hingegen die Basisgruppen-Bewegung Schweiz: Sie

hat umgehend einen offenen Brief an Bundesrat Cassis verfasst, in dem die Widersprüchlichkeit von dessen Argumentation aufgezeigt wird (s. unten). Wie Jacqueline Keune, die Koordinatorin der Basisgruppen-Bewegung, sagt, freuen sich die Basisgruppen über weitere Kreise, welche die Vergabe von Bundesgeldern an die Hilfswerke im Auge behalten und auch darauf reagieren.

Welche Interessen vertreten die Hilfswerke?

Aus heiterem Himmel kommen die Attacken gegen die ideelle Ausrichtung der Hilfswerke allerdings nicht. Schon vor zwei Jahren wurde im Parlament eine «Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit mit Migrationsfragen» gefordert. Und ebenso wurde schon früher die

Frage aufgeworfen, in wessen Interesse die von der Schweiz geleistete Entwicklungszusammenarbeit nun eigentlich stehe. Bundesrat Cassis plädiert seit Amtsantritt dafür, dass die Hilfswerke verstärkt auch die Schweizer Wirtschaft in ihre Projekte einbeziehen sollen. Damit gibt er implizit Antwort auf die Frage nach den Interessen: Wenn schon Geld in den Süden investiert wird, dann soll auch möglichst viel davon wieder in die Schweiz zurückfliessen.

○ Christine Voss, *1956, ist Journalistin und seit letztem Jahr Redaktorin der *Erwägungen*. Sie ist TheBe-Mitglied und lebt in Zürich.
christine.voss@bluewin.ch

1 Markus Mugglin: *Rache gegen Hilfswerke*, 24.12.2020.
infosperber.ch/politik/rache-gegen-hilfswerke.

Offener Brief an Bundesrat Ignazio Cassis: Maulkorb für die Hilfswerke

Luzern, 30. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Aufgrund des Engagements der Hilfswerke für die Konzernverantwortungsinitiative haben Sie die Praxis der Vergabe von Bundesgeldern erneut verschärft und die politische Kontrolle über deren Verwendung noch mehr ausgeweitet. Künftig dürfen Hilfswerke das Geld der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) nicht mehr für Informations- und Bildungsarbeit im Inland verwenden. Konkret: Ein Hilfswerk darf zwar weiterhin afrikanische Bäuerinnen im Gewinnen von traditionellem Saatgut unterstützen, in der Schweiz aber keine Veranstaltungen mehr durchführen, die die Macht multinationaler Konzerne über die Landwirtschaft im südlichen Afrika beleuchten.

Wir empfinden es als unwürdig, dass sich ein Land, das sich immer wieder seiner Demokratie rühmt, Werken, die sich einer gerechteren Welt verschrieben haben, solche Maulkörbe auferlegt. Und wir protestieren dagegen, dass zwar die Folgen des Unrechts gelindert werden dürfen, aber seine Ursachen und Verantwortlichen verschwiegen werden müssen. Wie können wir die konkreten Lebensbedingungen von Abermillionen von Armgemachten dieser Welt vor Augen haben, ohne gleichzeitig die politischen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen, die diese mitverursachen? Und wie soll nachhaltige Veränderung hin zum Besseren beziehungsweise ein notwendiger sozial-ökologischer Systemwechsel je möglich werden ohne tiefgreifende Veränderung des politischen und persönlichen Bewusstseins über entsprechende Informations- und Bildungsarbeit?

Gerade etwa die Ökumenische Kampagne der Fastenzeit von Brot für alle und Fastenopfer (diese wird mit privaten Mitteln finanziert) hat hier über Jahrzehnte hinweg einen unschätzbaren Beitrag geleistet. Die Bildungsarbeit der beiden Hilfswerke hat nicht nur Generationen die Augen geöffnet für die Hintergründe konkreter Not, sondern hält in ihnen auch den Traum einer anderen, einer Welt des Friedens und der Gerechtigkeit wach.

Es genügt angesichts der riesigen globalen Herausforderungen bei Weitem nicht, die Menschen im Süden zu unterstützen, sondern die entsprechende Arbeit vor Ort muss zwingend mit politischer Arbeit bei uns verbunden werden und bleiben.

Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik sind nicht voneinander zu trennen.

Wir bitten Sie eindringlich, auf die prophetische Stimme und auf die über Jahrzehnte hinweg gemachten Erfahrungen der Hilfswerke zu hören und Ihre eigene Haltung zu überdenken.

Wir danken Ihnen dafür.

Basisgruppen/Basisgemeinschaften
Chêne, Genf, Küsnacht am Rigi, Luzern Nord,
Luzern Süd, Meyrin, Nyon, St. Gallen

Aus dem Vorstand

Als neues Vorstandsmitglied wurde an der Jahresversammlung 2020 Verena Keller gewählt. Wir danken ihr herzlich für ihr bisheriges Engagement und freuen uns über den weiteren gemeinsamen Weg! Christine Voss nimmt als Redaktorin der *Erwägungen* in der Regel an den Vorstandssitzungen teil. Auch diese Zusammenarbeit ist sehr konstruktiv und kooperativ angelaufen. Besten Dank! Neben den Tagesgeschäften beschäftigen wir uns derzeit mit dem Beitritt zur Nachfolgeorganisation der Allianz «Es reicht!». Die Allianz «Es reicht!» bildete sich aus den Protestaktionen gegen den erkonservativen Kurs im Bistum Chur. Die Nachfolgeorganisation soll einen positiv formulierten Namen erhalten und sich für Erneuerung und eine offene Kirche Schweiz einsetzen. Wir werden dazu voraussichtlich an der Jahresversammlung im Juni einen Antrag stellen.

Wir rufen dazu auf, gemäss dem Beispiel der Basisgruppen-Bewegung Schweiz, die Politik des EDA unter Bundesrat Cassis in Bezug auf die Hilfswerke kritisch zu verfolgen und gegebenenfalls zu reagieren. Vorausgegangen ist die Basisgruppen-Bewegung Schweiz, die einen offenen Brief an den Ausenminister verfasste – eine Reaktion auf den «Maulkorb» für die Hilfswerke im Nachklang zur Konzernverantwortungsinitiative. Dieser Brief ist auf unserer Homepage aufgeschaltet. Wir werden namens der TheBe einen eigenen Brief verfassen.

Jahresversammlungen

Vorschau: Die Jahresversammlungen von TheBe, Resos und *Neue Wege* finden am 19. Juni in Luzern statt. Anschliessend laden wir zu einem Vortrag des Instituts für Theologie und Politik (ITP) in Münster (DE) ein. Genauere Angaben zum Ablauf des Tages folgen später (siehe auch Website thebe.ch).

Folgende Veranstaltungen empfehlen wir zur Teilnahme:

RomeroTag

Samstag, 20. März, 9.30–16.00 Uhr, Romerohaus, Luzern, oder online

Politisches Nachtgebet

Mittwoch, 24. März, 19.30 Uhr, Peterskapelle, Luzern

Ostermarsch Bern

Ostermontag, 5. April, 13.00–15.00 Uhr, ab Eichholz an der Aare

Internationaler Bodensee-Friedensweg

Ostermontag, 5. April, 14.30–17.00 Uhr, Überlingen (DE)

Die Bewegung ATD 4. Welt und ihre Vision

Samstag, 10. April, 15.00–17.00 Uhr, Gartenhofstr. 7, Zürich, Tischgespräch mit Christine Lindt
Ob die Veranstaltungen stattfinden können, ist der Homepage thebe.ch zu entnehmen.

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Wächtigs-Chrischtinne

Wir sind weiterhin offen für interessierte Frauen und Männer, die mitdiskutieren wollen bei werktäglichen Themen. Wenn die Zusammenkünfte analog stattfinden können, beginnen wir nach einer «Teilete» mit einem Reihumgespräch zu Fragen des eigenen Werktags. Einzelne Stichworte, vor allem solche, die mehrfach auftauchen, werden dann vertieft, oft ist uns auch eine vereinbarte Lektüre Anregung für eine weiterführende Diskussion.

Wie es in Corona-Zeiten konkret weitergehen kann, muss jeweils neu ausgehandelt werden – nie war die Formel von der «rollenden Planung» so treffend ...

- Auskünfte: Paul Jeannerat-Gränicher graenicher.jeannerat@gmx.ch 031 859 33 46

Frauen-Lesegruppe «Feministische Theologie»

Unsere feministisch-theologische Lesegruppe trifft sich – nach einer coronabedingten Pause – wieder regelmässig, im Schnitt jeden zweiten Monat in Bern. Unsere Treffen finden coronakonform im Haus der Begegnung an der Mittelstrasse, unweit des Bahnhofs, statt. Wir kommen jeweils miteinander ins Gespräch über ein vorgängig ausgewähltes feministisch-theologisches Buch.

Vor einem Jahr haben wir uns entschieden, uns vertiefter mit Koranexegese aus feministisch-theologischer Sicht auseinanderzusetzen. Auf das Buch *Den Islam neu denken. Der Dschihad für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte* von Katajun Amirpur, einer deutsch-iranischen Professorin für Islamische Studien in Hamburg, folgte das Grundlagenwerk

des zeitgenössischen islamischen Reformtheologen Nasr Hamid Abu Zaid aus Ägypten: *Mohammed und die Zeichen Gottes. Der Koran und die Zukunft des Islam.*

Aktuell lesen wir die Aufsatzsammlung der deutsch-türkischen Koranexegetin Nimet Seker: *Koran und Gender. Exegetische und hermeneutische Studien zum Geschlechterverhältnis im Koran*, Editio Gryphus 2020. Wir werden bei unserer Koranlektüre von einer muslimischen Theologin mit albanischen Wurzeln begleitet. Bei unseren Lesetreffs mit dabei ist im Moment auch eine Kollegin, die während ihres Sabbaticals Koranexegese-Seminare bei Nimet Seker besucht hat und die Verfasserin des Buches persönlich kennt. So kommen spannende Impulse von Fachfrauen dazu.

Und so müsste frau eigentlich etwas offener als bisher formulieren: Theologinnen unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse, die an feministischen Befreiungstheologien interessiert sind und sich mit anderen Frauen austauschen möchten, sind jederzeit herzlich willkommen.

Nächstes Lesetreffdatum ist der Montag, 15. März, 18.45 Uhr.

- Auskunft erteilt gerne: Eveline Gutzwiller Perren evgu@pe-gu.ch

Arbeitsgruppe «Kirche? NordSüdUntenLinks!»

Das Netzwerk «Kirche? NordSüdUntenLinks!» hat sich im letzten Jahr physisch nicht getroffen. Ein «Kind» des Netzwerks hat aber vor allem in der zweiten Jahreshälfte viel zu reden gegeben: Kirche für Konzernverantwortung.

Das kirchliche Komitee für die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) hat nicht nur Entscheidendes zum Beinahe-Erfolg bei der Abstimmung am 29. November beigetragen, es ist auch gelungen, eine Koalition auf die Beine zu stellen, die in ihrer Breite im kirchlichen Umfeld bisher einmalig ist: Mehr als 700 Kirchgemeinden und Pfarreien haben die Volksinitiative, die unter anderem auch von den kirchlichen Hilfswerken lanciert worden ist, unterstützt. An mehr als 300 Kirchtürmen und Kirchgemeindehäusern hingen die grossen Banner, die zu einem Ja zur Konzernverantwortungsinitiative aufgerufen haben. Das Engagement der Kirchen hat aber auch über die Abstimmung hinaus Kreise gezogen und im Vorfeld der Abstimmung zu einer breiten und teilweise auch gehässigen Debatte darüber geführt, ob sich die Kirchen politisch äussern sollen und dürfen. Die breite Unterstützung des Anliegens innerhalb der Kirchen setzt diesbezüglich ein klares Zeichen und die Reaktionen der Initiativgegner*innen können auch ermutigend gedeutet werden: Den Kirchen wird offenbar in wichtigen ethischen Fragen wie dem Schutz der Menschenrechte und der Umwelt eine hohe Glaubwürdigkeit und Mobilisierungskraft zugetraut. Das

stimmt hoffnungsvoll und motiviert zum Dranbleiben.

Trotzdem steht im Moment noch kein Datum für ein nächstes Treffen von «Kirche? NordSüdUntenLinks!». Wir melden uns aber wieder, sobald die Corona-Situation solches wieder zulässt.

- Auskünfte: Wer die Informationen zu den Netzwerktreffen direkt bekommen möchte, kann sich bei estep@immerda.ch in den Verteiler eintragen lassen.

Arbeitsgruppe ITP

Die Gruppe hat ein Treffen für den 28. Januar geplant, das bei Redaktionsschluss dieser Nummer noch nicht stattgefunden hatte. Aktuell gibt es deshalb nichts Neues zu berichten.



Redaktion
Christine Voss
christine.voss@bluewin.ch

Administration
TheBe, Postfach 4203, 6002 Luzern
info@thebe.ch, www.thebe.ch

Abopreis
Das Journal der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung erscheint zweimal im Jahr – im März und September – als Beilage der *Neuen Wege*. Das Abonnement ist Bestandteil der Mitgliedschaft der TheBe.

Mitgliedschaft
Wollen Sie Mitglied der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung werden? Schicken Sie eine E-Mail mit Ihrer Adresse an info@thebe.ch. Der Mitgliederbeitrag liegt bei Fr. 30, der Solidaritätsbeitrag bei Fr. 50.